

Gehetzt und doch gescheitert

Ministerium beharrt bei Ganztagsanträgen auf Vergaberegeln / Abgeordnete fordern Landeszuschüsse

Von Ute Kaiser

KREIS TÜBINGEN. Für Ammerbuch gibt es keine Chance, doch noch irgendwie in das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) zu rutschen. Und: Das Land wird trotz des riesengroßen Andrangs definitiv nicht mit eigenen Mitteln „in die Bresche springen“. Beides war gestern im Kultusministerium zu hören (siehe auch das ÜBRIGENS).

Das Ammerbucher Ganztagschul-Projekt ist eins von neun im Kreis Tübingen, die beim IZBB-Programm durch den Rost fallen. Für uns ist das verhorend“, kommentiert Bürgermeister Friedemann von Ow das Ergebnis der diesjährigen Runde. Die Gemeinde und Vertreter der Schulen haben zwar im Turbo-Tempo eine Konzeption für das geplante Schulzentrum „Ob dem Bahnhof“ in Entringen mit Haupt-, Real-, Förder- und Mehizweckhalle für knapp 20 Millionen entwickelt und bereits zehn Wochen vor dem Stichtag 31. Januar 2005 eingereicht – und waren dennoch zu spät. Denn bei der Hatz nach den Zuschüssen hatte Ammerbuch – wie sich jetzt herausstellt – keine Chance mehr.

Ammerbuchs Schulzentrum landete (wie berichtet) auf Platz 293. Doch alle Anträge ab Position 160 gehen leer aus. Davon erfuhr von Ow aus Zeitungsberichten. „Wenn im September die Mittel schon weg sind“, sagt von Ow, „ist irgend etwas falsch gelaufen.“ Das Kultusministerium beruft sich aufs Verfahren, das wie etwa auch in Bayern auf dem

im Herbst mit einer Klasse loslegen kann. Dabei bleibt es, wie der Bürgermeister mit seinen Stellvertretern besprochen hat, „Die Realschule kann nicht abhängig sein von Fördergeldern“, findet von Ow, der trotz der Hiobsbotschaft aus Stuttgart „den Kopf nicht in den Sand stecken will“.

Die Tübinger Landtagsabgeordneten Rita Haller-Haid (SPD) und Boris Palmer (Grüne) bewerten die aktuelle Lage ähnlich. Kultusministerin Annette Schavan, erinnert Palmer an die Vorgeschichte, habe „aus ideologischen Gründen“ das „Ganztagaprogramm der rot-grünen Bundesregierung zunächst „abgelehnt und boykottiert“ und es erst nach öffentlichem Druck „widerwillig“ betrieben. Dass nirgendwo so viele Förderanträge gestellt wurden wie in Baden-Württemberg erklärt Palmer zum einen mit dem enormen Nachholbedarf im Ländle. Zum andern damit, dass die Kommunen in Baden-Württemberg die Ko-Finanzierung gerade noch stemmen können. Anders als etwa im Osten Deutschlands, wo Städte den Eigenanteil von zehn Prozent nicht tragen können.

Wie Palmer weiß Rita Haller-Haid der Landesregierung „schwere Fehlerte“ bei der Umsetzung des Programms vor. Einer davon: „Obwohl von vornherein klar war, dass für Baden-Württemberg insgesamt 528 Millionen Euro zur Verfügung stehen, hat das Kultusministerium dem Bund jetzt Ganztagsschulprojekte mit einem Volumen von 850 Millionen Euro

gemeldet, ohne den Schulträgern bislang mitzuteilen, dass das Programm wegen der großen Nachfrage bereits um 70 Prozent überzeichnet ist.“ Vergeßlich, erinnert Palmer an alte Debatten, hatte seine Fraktion gefordert, bei der Vergabe sowohl die Qualität pädagogischer Konzepte als auch eine flächendeckende Verteilung zum Maßstab zu machen. Doch durch die Beschränkung der Landesregierung auf das Prinzip „wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ standen viele Schulen in der Region jetzt mit leeren Händen da. Ausbaden müssten das nun, so Palmer, „Schulen, Eltern und Kommunen“.

Palmer wie Haller-Haid fordern von der Landesregierung ein Programm. Nachdem der Bund freiwillig „eine gigantische Anschubfinanzierung“ gewährt habe, so Haller-Haid, sei es jetzt die Pflicht der Landesregierung, den Kommunen Zuschüsse zu gewähren, damit ein flächendeckendes, befarbsgerechtes Netz an Ganztagsschulen an allen Schularten entstehe. Den Kommunen rät Haller-Haid, Druck aufs Land auszuüben, damit ihre Projekte doch noch realisiert werden können.

Wie die Kritik am Windhundprinzip speist Ministeriumssprecher Blessing auch die Forderungen der Tübinger Abgeordneten mit zwei Sätzen ab. „Die schwierige Haushaltssituation ist allen hinlänglich bekannt.“ Und: Im aktuellen Doppelhaushalt seien keine Mittel eingesetzt, „um in die Bresche zu springen.“